

Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik. Internationale Profilierung durch globale Herausforderungen

Recent Developments and Trends in Japanese Foreign Policy.
Enhancing its International Profile by
Addressing Global Challenges

Wilhelm Vosse

This article provides an overview of recent developments in Japanese foreign and defense policy. It focuses on Japan's continued attempts to increase and improve its international role and reputation, the influence of the change of the premiership. Secondly, the article takes a closer look at Japan's bilateral relations with its Asian neighbors as well as its major allies in Europe and the United States. And thirdly, it documents and analyzes three major foreign policy areas, namely security policy, development policy, and international environmental policy. Finally, it attempts to assess the implications of these changes for the foreseeable future.

The article argues that Prime Minister Abe had been reasonably successful in repairing Japan's relations with the PRC and the ROK. Since his inauguration in September 2007, Prime Minister Fukuda developed these ties even further, despite the ongoing territorial disputes in the East China Sea. Just like Koizumi and Abe, Fukuda continued and further strengthened Japan's military cooperation with the United States, while deepening its defense cooperation with Australia. Japan increased its development cooperation with African states, and focused on African development and global warming when it hosted the G8 summit in Toyako, Hokkaidō. Overall, Japan's international role has enhanced this year, and will most likely increase even further in the coming years.

1 Überblick

Das internationale Image und Ansehen ist gerade für Staaten mit recht limitiertem militärischen Potential sowie begrenzten Möglichkeiten, seine eigenen Interessen international durchzusetzen, also so genannten Middle Powers, von besonderer Bedeutung. Nachdem Japan bereits 2006 zu den Ländern mit dem positivsten Image zählte, landete es Ende 2007 wieder nach Deutschland auf Platz 2 der Rangliste (BBC 2008). Nach einer von der BBC in Auftrag gegebenen vergleichenden Studie in siebenundzwanzig Ländern hatten 56% der Befragten ein eher positives und nur 21% ein eher negatives Image von Japan (BBC 2008). Erwartungsgemäß genoss Japan besonders in den USA (70%), Großbritannien (70%) und den meisten anderen europäischen Ländern ein positives Image. Obwohl das Japanimage auch in Deutschland mit 52% eher positiv ist, lag der Anteil derjenigen, die ein eher negatives Image von Japan haben, jedoch bei recht hohen 30%. Dies mag unter anderem an der Ende 2007 recht lebhaften Diskussion um den japanischen Walfang vor der Küste Australiens gelegen haben. Wie bereits in den Jahren vorher, hat Japan auch Ende 2007 in Südkorea (52% eher negativ, 2006: 58%) und der VR China (55% eher negativ, 2006: 63%) ein Imageproblem, auch wenn die Negativwerte im Vergleich zur Studie Ende 2006 geringer ausfallen. Das liegt sicherlich unter anderem an den Besuchen von Premierminister Abe in China im September 2006 und dem erfolgreichen Gegenbesuch des chinesischen Premierministers Wen im Mai 2007.

Um sein internationales Image weiterhin zu verbessern, hat die japanische Regierung vor einigen Jahren begonnen, noch mehr auf sogenannte »public diplomacy« oder aktive Imageförderung der Regierung zu setzen. Über die Förderung von Kultur- und Sprachprogrammen, wie durch die Japan Foundation, hat die Regierung in den letzten Jahren die Popkultur und hier besonders Manga als Zugang zur japanischen Kultur für die jüngere Generation gefördert. Im Mai 2007 hat die Regierung sogar einen internationalen Mangapreis ausgelobt, um »das bessere Verständnis der japanischen Kultur zu fördern« (MOFA 2008a). Das Außenministerium sieht in diesen Aktionen einen Zusammenhang zum Anstieg der Zahl Japanischlernender, die ein besseres Verständnis der japanischen Kultur entwickeln (MOFA 2008a).

Nach Angaben der JAPAN FOUNDATION (2007a) studierten 2006 weltweit etwa drei Millionen Menschen die japanische Sprache, was im Vergleich zu 1990 mit etwa einer Million und 1998 mit 2,1 Millionen einen signifikanten Anstieg bedeutet. Die Zahl der Japanischlehrer hat sich zwischen 1990 (13 214) und 2006 (44 321) mehr als verdreifacht (JAPAN FOUNDATION 2007b). Der größte Anstieg der Zahl

Japanischlernender ist in Südostasien zu verzeichnen, also einer Region, in der Japans Image nicht immer positiv ist.

Der im März 2006 vom Außenministerium ins Leben gerufene »Rat zur Förderung des internationalen Austausches« (Council on the Movement of People Across Borders) hat am 14. Februar 2008 einen Bericht mit dem Titel »Maßnahmen und Rahmenbedingungen zur Förderung von Japans Public Diplomacy« (Measure and Framework for Strengthening Japan's Public Diplomacy) vorgelegt. Ein besonderer Schwerpunkt dieses Berichts bestand nach eigenen Angaben darin, die Zahl derjenigen, die Japan verstehen und die der »Japan Fans« zu erhöhen (MOFA 2008). In diesem Zusammenhang erklärte Japan aus Anlass des 35. Jahrestages der Normalisierung des Beziehungen zwischen Japan und China das Jahr 2007 zum »Japan-Chinesischen Austauschjahr der Kultur und des Sports« (Japan-China Exchange Year of Culture and Sports) und 2008 zum »Goldenen Jahr der Freundschaft mit Indonesien« als zum Jahr des »Japan-Brasilianischen Austausches« (MOFA 2008).

Nachdem Japans Premierminister Abe nach den verlorenen Oberhauswahlen vom 29. Juli 2007 und der Übernahme der Mehrheit der Oberhausmandate durch die DPJ zunächst erklärt hatte, weiter im Amt bleiben zu wollen, wurden die Rücktrittsforderungen auch aus den Reihen der LDP in den folgenden Wochen unüberhörbar und veranlassten ihn schließlich, am 26. September 2007 von seinem Amt zurückzutreten.

In seiner gerade ein Jahr dauernden Amtszeit hatte Abe, der innenpolitisch als nicht nur konservativ, sondern auch als nationalistisch eingestuft wurde, seit Beginn an versucht, die durch die Besuche des Yasukuni Schreins seines Amtsvorgängers Koizumi schwer belasteten Beziehungen zu den beiden Nachbarländern Südkorea und VR China zu reparieren. Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme reiste er im Oktober 2006 nach Beijing und traf dort am 8. Oktober den chinesischen Präsidenten Hu Jintao und am 9. Oktober 2006 in Seoul den damaligen südkoreanischen Präsidenten Roh Moo-hyun (s. VOSSE 2007). Das gute Klima der Gespräche in Beijing und Seoul bildeten die Basis für den Gegenbesuch des chinesischen Premierministers Wen in Tōkyō im Mai 2007 sowie des Staatsbesuchs des chinesischen Präsidenten Hu im Mai 2008 (s. Abschnitt zu China).

Nach kurzer innerparteilicher Debatte wurde Yasuo Fukuda am 26. September 2007 vom japanischen Parlament zum einundneunzigsten Premierminister Japans gewählt. Fukuda – von Oktober 2000 bis Mai 2004 Kabinettssekretär und Regierungssprecher unter den Premiers Mori und Koizumi – war in dieser Zeit fast täglich im Fernsehen zu sehen und dadurch der japanischen Bevölkerung recht gut bekannt. Sein außenpolitisches Profil wurde im September 2007, gerade in Abgrenzung zu seinen beiden Vorgängern im Amt, Koizumi und Abe, als eher gemäßigt

beurteilt (SMITH 2007, JT 24.9.2007, NYT 24.9.2007). Fukuda machte von Beginn an klar, dass er nicht die Absicht habe, den Yasukuni Schrein zu besuchen, sondern vielmehr versuchen möchte, das schwierige Verhältnis Japans zu seinen Nachbarländern zu verbessern. In diesem Sinne versucht Fukuda bis heute in gewisser Hinsicht, die Politik seines Vaters Takeo Fukuda, der von Dezember 1976 bis Dezember 1978 Japans Premierminister war und die sogenannte Fukuda-Doktrin entwickelt hat, fortzusetzen¹.

Viele waren von Anfang an skeptisch, ob Fukuda, der weder als Visionär noch als starke Figur in der LDP angesehen werden kann, die politische Kraft hat, Japans außenpolitischen Kurs wesentlich zu bestimmen. Der Experte für Japans Außenpolitik Axel Berkofsky schrieb im Oktober 2007, dass die Besetzung der wichtigsten Posten in Fukudas Kabinett durch Minister, die auch schon unter Abe gedient hatten und insbesondere des eher als Falken bekannten Shigeru Ishiba als Verteidigungsminister und Masahiko Komura als Außenminister nicht gerade von einer großen Eigenständigkeit zeugen oder auf einem Neuanfang der Fukuda Administration im Bezug auf seine Außenpolitik hindeuten (BERKOFSKY 2007).

Der Machtwechsel zum eher pragmatischen und unideologischen Fukuda hat auch besonderen Einfluss auf die Debatte um die Änderung des Artikels 9 der japanischen Verfassung. Während Koizumi und sein Nachfolger Abe während ihrer Amtszeit die außen- und sicherheitspolitischen Grenzen, die der Artikel 9 der Regierung setzt, aufbrechen wollten und daher besonderes Interesse an seiner Reform hatten, steht eine solche Reform nicht auf der Tagesordnung für Premierminister Fukuda (JT, 25.9.2007).

2 Bilaterale Beziehungen

2.1 USA

Die wichtigsten Außenbeziehungen sind für Japan traditionell diejenigen zu den USA. Während sich unter Premierminister Koizumi und Präsident Bush auch persönlich ein enges Verhältnis entwickelt hatte, welches die Grundlage nicht nur für die Unterstützung des Irak-Krieges und letztendlich auch für die japanische Truppenentsendung war, kann man das Verhältnis zwischen Abe und Bush, als

1. Die vom damaligen Premierminister Fukuda 1977 angekündigte engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten Asiens, die Unterstützung der ASEAN, sowie die Ablehnung einer japanischen militärischen Dominanz in Asien bilden die Grundlage der sogenannten Fukuda-Doktrin (s.a. KLEIN 2008, BOTSCHAFT VON JAPAN IN DEUTSCHLAND 2008).

auch das zwischen Fukuda und Bush als eher geschäftsmäßig bezeichnen. Abe war während seiner Amtszeit nur einmal und das nur sehr kurz in Washington (26.–27. April 2007). Dieser Besuch diente im Wesentlichen dazu, sich kennenzulernen, einige grundsätzliche Positionen auszutauschen, sowie einige Kernfragen des bevorstehenden G8-Gipfels in Heiligendamm zu diskutieren (MOFA 2007a). Während des G8-Gipfels haben sich Bush und Abe dann ein zweites und letztes Mal getroffen. Während des nur fünfzig Minuten dauernden Gesprächs in Heiligendamm haben sie sich nach offiziellen Angaben über eine lange Liste von Themen unterhalten, so dass man annehmen muss, dass viele dieser globalen Themen nur kurz erwähnt werden konnten und beide deshalb kaum Zeit hatten, sich persönlich kennenzulernen – was ja eigentlich der Sinn der G8-Gipfel ist. Nur zwei Monate nach dem G8-Gipfel, am 26. September 2007, trat Abe dann jedoch von seinem Amt zurück. Der häufige Wechsel japanischer Premierminister ist sicherlich gerade für die G8-Gipfel ein besonderes Problem für Japan, da dadurch zumindest auf Seiten des Regierungschefs kaum Erfahrungen auf diesem internationalen Parkett erworben werden können.

Premier Fukuda besuchte gleich zu Beginn seiner Amtszeit, nämlich am 21. November 2007 Washington (MOFA 2007b). Die Gespräche im November waren für Fukuda von besonderer Bedeutung, denn er brauchte von Präsident Bush die Zusage, dass die USA auch nach der Unterzeichnung des Abschlussvertrages der Sechs-Parteien-Gespräche am 3. Oktober 2007 und der Zusage Nordkoreas seinen Atomreaktor Yongbyon zu demontieren, Nordkorea nicht von der Liste der Staaten zu nehmen, die den Terrorismus unterstützen. Präsident Bush erklärte zwar, dass er das Schicksal der von Nordkorea entführten Japaner nicht vergessen habe, machte aber weiter keine festen Zusagen (UPI, 26.11.2007). Bereits im November 2007 wurde in Washington allgemein erwartet, dass die USA Nordkorea nach deren Zugeständnissen von der Liste nehmen würde, was dann im Juni 2008 auch geschah.

Abgesehen von der Sicherheitspolitik und einigen weiteren konkreten Bereichen wie dem Technologieaustausch gibt es nur wenige Felder der internationalen Politik, in denen sich eine engere Zusammenarbeit mit den USA für Japan anbietet. In der Handelspolitik setzt Japan weiterhin auf den moderaten Ausbau von sogenannten Partnerschaftsabkommen mit den ASEAN Staaten und im Bereich der globalen Umweltpolitik gibt es wesentliche Überschneidungen im Grunde nur mit der EU und deren Mitgliedsstaaten, insbesondere mit Deutschland.

2.2 China

Das Verhältnis zwischen Japan und der VR China hat sich in den letzten zwei Jahren wesentlich verbessert, auch wenn Probleme wie die beiderseitigen Gebietsansprüche im südchinesischen Meer weiterhin bestehen und bisher nicht abschließend geklärt werden konnten (DRIFTE 2008).

Im Jahr 2008 begehen Japan und China den dreißigsten Jahrestag des Abschlusses des Vertrages über Freundschaft und Frieden (Treaty of Peace and Friendship). Japan hat daher 2008 zum Japanisch-Chinesischen Jugend Freundschaftsjahr (Japan-China Youth Friendship Exchange Year) erklärt und eine Reihe von Jugendbegegnungen, vor allem von Oberschülern und Studenten, gefördert (MOFA 2008b).

Nach dem allseits als erfolgreich und als »Eisbrecher« bezeichneten Besuch des chinesischen Premierministers Wen im Mai 2007 (vgl. POHL und WIECZOREK 2007), reiste der japanische Premierminister Fukuda im Dezember 2007 zu einem dreitägigen Kurzbesuch nach China. Fukuda traf am 28. Dezember 2007 in Beijing ein und traf sich dort sowohl mit Premierminister Wen Jiabao wie auch mit Präsident Hu Jintao, bevor er zur Besichtigung japanischer Unternehmen nach Tianjin, Jinan und Qufu weiterreiste (JT 28.11.2007). Von der japanischen Presse und vom Außenministerium wurden diese Gespräche zum Klimaschutz, zu Agrarfragen, regionaler Sicherheit und insbesondere dem nordkoreanischen Atomprogramm, internationalem Terrorismus als auch der gemeinsamen Nutzung der Ressourcen im Ost-Chinesischen Meer als sehr erfolgreich bewertet (MOFA 2007c).

Zu einer weiteren wichtigen Begegnung kam es dann im Mai 2008 (6. bis 10. Mai), als der chinesische Präsident Hu Jintao zu einem Staatsbesuch in Tōkyō eintraf. Hu traf bei dieser Gelegenheit nicht nur japanische Regierungsvertreter, sondern war auch Gast des japanischen Kaisers, was sicherlich den freundschaftlichen und vertrauensbildenden Charakter dieses Besuchs besonders unterstreicht. In der gemeinsamen Erklärung (MOFA 2008c) vom 7. Mai 2008 betonen Fukuda und Hu, dass beide Länder keine Alternative zu einer engeren Kooperation sehen und das es dafür wichtig ist, die historischen Fragen offen und klar zu diskutieren, um den Weg in eine friedliche Zukunft zu sichern. In ihrer Erklärung betonen sie besonders die Bedeutung des Handels, gegenseitiger Investitionen, den regelmäßigen Austausch von Informationen als auch eine engere Kooperation im Bereich der Finanzen, den Schutz von geistigem Eigentum, Waren- und Lebensmittelsicherheit als auch Fragen des Agrarhandels und des Tourismus. Beide Länder verständigten sich darauf, sich gemeinsam für Frieden und Sicherheit in Nordost-Asien einzusetzen und in den anstehenden Sechs-Parteien-Gesprächen mit Nordkorea zu einer Lösung zu kommen. Für die japanische Regierung war weiterhin wichtig, auch den

Klimaschutz anzusprechen, um die VR China bei den Verhandlungen um ein Folgeabkommen der Kyōto Konventionen an Bord zu holen.

Interessanterweise lädt Premierminister Fukuda am Ende der Gespräche den chinesischen Präsidenten Hu zu so genannten Outreach-Gesprächen des im Juli 2008 im japanischen Toyako (Hokkaidō) stattfindenden G8-Gipfels ein. Diese Outreach-Gespräche gibt es seit dem G8-Treffen in Gleneagles (Schottland) im Jahr 2005. In Japan sollen diese Schwellenländer die Gelegenheit bekommen, ihre besonderen Probleme beim Klimaschutz oder der Armutsbekämpfung vorzubringen. Der chinesische Präsident Hu nahm dann als ein Vertreter der sogenannten »Outreach Five« neben Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika für einen Tag am G8-Gipfel 2008 teil.

Was das Japanisch-Chinesische Verhältnis betrifft sind die Jahre 2007 und 2008 noch in einer weiteren Hinsicht bemerkenswert: Am 28. November 2007 legte mit dem Zerstörer Shenzhen zum ersten Mal ein Schiff der chinesischen Volksbefreiungsarmee in einem japanischen Hafen (Harumi, Tōkyō) an. Während des Besuchs – einem Teil des bilateralen Verteidigungsaustausches – konnten Besucher bis zum 1. Dezember das Boot besichtigen (JT 17.11.2007). Ein halbes Jahr später, am 20. Juni 2008, legte der Zerstörer Sayanami der japanischen Selbstverteidigungskräfte mit 240 Mann Besatzung von Hiroshima ab, um Hilfsmittel in die vom Erdbeben zerstörte Sichuan Provinz zu bringen (YS 20.6.2008). Das war der erste Besuch eines japanischen Marineschiffes in einem chinesischen Hafen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges (IHT 17.6.2008).

Insgesamt weckt diese Serie von bilateralen, neben weiteren multilateralen Gesprächen und Verhandlungen Hoffnung auf eine langfristige und grundsätzliche Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder. Nach dem Truppenbesuch im November und Gesprächen der drei Regierungsführer Japans, Südkoreas und der VR China in Singapur im November 2007 schrieb die Asahi Shinbun, dass die »Räder des Dialogs sich nun langsam in Bewegung setzen« (AS 22.11.2007) und sah den Beginn des Wiederauflebens der Fukuda-Doktrin der 1970er Jahre. Die Yomiuri Shinbun sah die japanisch-chinesischen Beziehungen an einem Wendepunkt und von besonderer Bedeutung für Frieden und Sicherheit in Ostasien (YS 21.11.2007).

2.3 Südkorea

Neben der VR China waren die Beziehungen zu Südkorea, besonders unter Premierminister Koizumi, schwierig und festgefahren. Seit dem Antrittsbesuch von Premierminister Abe im September 2006 haben sich die Beziehungen jedoch wesentlich verbessert. Das liegt sicherlich nicht nur an den inzwischen regelmäßig

stattfindenden Treffen der Regierungschefs beider Länder, sondern auch daran, dass Südkorea nach dem als eher Japankritisch geltenden Präsidenten Roh Moo-hyun seit dem Regierungswechsel am 24. Februar 2008 mit Lee Myung Bak inzwischen von einem als eher pragmatisch geltenden Präsidenten regiert wird. Der südkoreanische Präsident Roh und Premierminister Fukuda haben sich im November 2007 aus Anlass des Japanisch-Koreanischen Gipfeltreffens in Singapur zu Unterredungen getroffen.

Am 21. April 2008 traf der neue Präsident Lee zu einem Arbeitsbesuch in Tōkyō ein, bei dem er neben Premierminister Fukuda auch eine Audienz beim japanischen Kaiserpaar hatte. Die Außenminister beider Staaten zusammen mit dem der VR China hatten dann am 14. Juni 2008 eine weitere Gelegenheit, in Tōkyō die Situation Nordkoreas zu diskutieren sowie das Gipfeltreffen der drei Regierungschefs im Herbst 2008 vorzubereiten (MOFA 2008d). Bei diesem trilateralen Gipfel, die vom Herbst 2008 an jährlich stattfinden sollen (YS 20.4.2008), wurden neben den Fortschritten bei der De-Nuklearisierung Koreas auch regionale Umweltprobleme wie die gelben Sandstürme Chinas, Fragen des Handels und der gegenseitigen Investitionen diskutiert.

Nachdem Japans Image unter der südkoreanischen Bevölkerung (vgl. BBC Umfrage) immer noch eher negativ ist, hat sich Japan in den letzten Jahren sehr bemüht – ähnlich wie mit der VR China – eine Reihe von Jugendaustauschprogrammen ins Leben zu rufen. Im Rahmen des Japan-Ostasiatischen Netzwerk Austauschprogramms (Japan-East Asia Network of Exchange for Students and Youths (JENESYS Programme) haben in den letzten zwei Jahren über zweitausend südkoreanische Schüler und Studenten Japan besucht.

2.4 Nordkorea

Die Beziehungen zu Nordkorea gestalten sich weiterhin schwierig und beschränken sich seit den Gipfelreffen Premierminister Koizumis fast ausschließlich auf die Sechs-Parteien-Gespräche. Japan ist naturgemäß besonders besorgt über das nordkoreanische Nuklearprogramm und die Möglichkeit, dass Nordkorea eines Tages in der Lage sein könnte, Nuklearwaffen mit seinen Raketen zu transportieren und Japan damit direkt zu bedrohen.

Im April 2007 brachte die damalige Verteidigungsberaterin der japanischen Regierung und spätere Verteidigungsministerin Yuriko Koike noch einmal die besondere Gefahr, die von möglichen nordkoreanischen Atomwaffen ausgehe (BLOOM-

BERG 23.4.2007) zum Ausdruck. Koike betonte, dass nordkoreanische Atomköpfe Japan in sieben bis acht Minuten erreichen könnten.

Im März 2008 kam es zu einem weiteren Raketenversuch Nordkoreas mit Richtung Nordpazifik. Anders als in den vorherigen Fällen blieb die japanische Regierung in diesem Fall jedoch gelassen und vertraute den Beteuerungen der südkoreanischen Regierung, dass es sich um eine »gewöhnliche militärische Übung« gehandelt habe (AFP 28.3.2008).

2.5 ASEAN

Das Verhältnis zwischen Japan und den ASEAN-Staaten hat mit dem Abschluss des Japan-ASEAN Wirtschafts-Partnerschaftsvertrages (ASEAN-Japan Comprehensive Economic Partnership Agreement oder AJCEP Agreement) wesentlich verbessert. Die endgültige Entscheidung fiel während des Japan-ASEAN Gipfels im November 2007, der Vertrag selber wird im Herbst 2008 in Kraft treten, nachdem er von allen Ländern ratifiziert worden ist (YS 22.11.2007). Im April 2008 verkündete Japans Außenminister Kōmura, dass sowohl alle ASEAN Mitgliedsstaaten als auch Japan den Vertrag ratifiziert hätten und er somit in Kraft treten könne (MOFA 2008e).

Kernelement des Vertrages ist die sukzessive Abschaffung aller Handelszölle im Verlauf der nächsten zehn Jahre. Vietnam darf sich dafür fünfzehn Jahre Zeit lassen. Japan wird umgehend nach der Ratifizierung die Handelszölle von 90% der Waren (gemessen am Warenwert) aus den ASEAN Mitgliedsstaaten abschaffen. Ausgenommen sind, wie in allen Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen Japans, Agrarprodukte (YS 22.11.2007). Die Unterzeichnerstaaten einigten sich außerdem darauf, Direktinvestitionen zu liberalisieren, um so letztendlich bis 2015 einen einheitlichem Markt oder eine Art Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Die ASEAN Charta soll dann als eine Art Grundlagenvertrag dienen (MOFA 2007d).

2.6 Australien

Nach der im März 2007 abgeschlossenen Sicherheits-Kooperationserklärung (Japan-Australia Joint Declaration on Security Cooperation) trafen sich die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder am 9. Juni 2007 zum ersten Mal zu sogenannten 2+2 Konsultationen (Japan-Australia Joint Foreign and Defense Ministerial Consultations), ähnlich wie denen zwischen Japan und den USA. Am Ende der Gespräche erklärten beide Seiten, dass Japan und Australien ihr Verhält-

nis fortan von einer reinen Handelspartnerschaft hin zu einer »umfassenden Sicherheitspartnerschaft« entwickeln wollen.

Im September 2007 einigten sich beide Länder auf einen Aktionsplan zur Implementierung der Japanisch-Australischen Kooperation (Action Plan to Implement the Japan-Australia Joint Declaration on Security Cooperation) (MOFA 2007e), indem sie sich auf eine wesentlich engere Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung und Grenzsicherung einigten. Konkret vereinbarte man gemeinsame Truppenübungen, eine intensivere Zusammenarbeit im Bereich der Nachrichtendienste, aber auch in der Strafverfolgung, Terrorismusbekämpfung, den UN-Friedenstruppen und dem Katastrophenschutz.

Die Beziehungen zwischen Japan und Australien standen nach dem Regierungswechsel vom konservativen Premierminister Howard zum Labour Party Premierminister Kevin Rudd im November 2007 wegen der Missstimmung, den die japanischen Walfangschiffe vor der australischen Küste ausgelöst hatten, anfangs unter keinem guten Stern. In Japan hatte man zunächst die Befürchtung, dass sich das traditionell eher gute Verhältnis etwas abkühlen könnte, da Premierminister Rudd, der fließend Chinesisch spricht, sich eher auf die Verbesserung und den Ausbau der Beziehungen mit der VR China konzentrieren könnte. Dieser Verdacht wurde weiter genährt, nachdem Premierminister Rudd auf seiner ersten Auslandsreise zwar die USA und die VR China besuchte, jedoch nicht nach Japan kam (JT 4.12.2007).

Am 31. Januar 2008 traf dann jedoch der neue australische Außenminister Stephen Smith zu Gesprächen mit seinem japanischen Kollegen in Tōkyō ein. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten beide einen Vertrag, der die Doppelbesteuerung regelt. Sechs Monate nach seiner Amtseinführung kam der neue Premierminister Rudd dann aber zwischen dem 8. und 12. Juni zu Gesprächen nach Tōkyō. Während der Unterredungen zwischen Rudd und Fukuda am 12. Juni 2008 standen insbesondere die beiden Themen Sicherheit und Handel im Mittelpunkt. Die Regierung Rudd knüpfte damit an die von seinem Vorgänger ausgehandelten Verträge an. In ihrer gemeinsamen Erklärung nach dem Treffen betonten die beiden Regierungschefs dann auch die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik auf Grundlage des im September 2007 beschlossenen Aktionsplans. Darüber hinaus wurde die Vertiefung der trilateralen Kooperation zwischen Japan, Australien und den USA beschlossen. Ende Juni 2008 trafen sich dann Vertreter aller drei Staaten zum ersten Mal zum sogenannten trilateralen Sicherheitsdialog (Trilateral Strategic Dialogue (TSD) in Kyōto (MOFA 2008f). Von einigen Experten wird dieser Dialog als der Beginn einer strategischen Allianz der drei Länder gesehen, was viele als Reaktion auf die gewachsene Bedeutung Chinas interpretieren (XINHUA 27.6.2008). WILLIAM TOW (2007) greift diese Entwicklung auf und bezeichnet diese als das

neue Sicherheitsdreieck. Ein weiterer kürzlich herausgegebener Band von BRAD WILLIAMS und ANDREW NEWMAN (2006) beschäftigt sich im Detail mit dieser neuen Pazifischen Allianz und ihrer Bedeutung für die regionale Sicherheit.

2.7 EU

Die traditionell guten Beziehungen sind in den letzten beiden Jahren durch die offiziellen Besuche von Premierminister Abe unter anderem bei der NATO in Brüssel (Mai 2007) und die Ambitionen der japanischen Regierung, einen so genannten »Bogen der Freiheit und Prosperität« zwischen Japan, den Staaten Südostasiens, den Kaukasusrepubliken und Europa zu entwerfen, weiter gestärkt worden.

Europa und Japan teilen in vielen globalen Fragen ähnliche Beurteilungen und streben ähnliche Lösungen an. Sowohl Japan als auch Europa sind so genannte Mittelmächte, die aufgrund der Kriegserfahrung in besonderem Maße auf diplomatische Lösungen setzen. Da es kaum konkrete bilaterale Unstimmigkeiten zwischen der EU oder den einzelnen Mitgliedsländern und Japan gibt, liegt der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf der Lösung globaler Probleme wie dem Klimawandel, der Entwicklungszusammenarbeit oder dem Welternährungsproblem.

Zur Vorbereitung des japanischen G8-Gipfels reiste Premierminister Fukuda vom 1. bis zum 5. Juni 2008 nach Deutschland, Großbritannien und Italien. In Deutschland hatten Bundeskanzlerin Merkel und Fukuda zum ersten Mal die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und über die Ziele des anstehenden G8-Gipfels in Japan zu sprechen. In Italien sprach Fukuda auf dem Welternährungsgipfel über die Bedeutung einer gemeinsamen Strategie von Industrie- und Entwicklungsländern.

Den Grundpfeiler der EU-Japan-Beziehungen bilden die seit 17 Jahren stattfindenden Japan-EU-Gipfel. Auf dem 16. Gipfel in Berlin, an dem Premierminister Abe teilnahm, ging es unter anderem um den Klimaschutz und das Entwickeln von gemeinsamen Strategien für ein Kyōto-Nachfolgeabkommen, das nach 2012 in Kraft treten soll. In Berlin einigte man sich auf die Halbierung der CO₂ Emissionen bis zum Jahr 2050 (MOFA 2007f). Darüber hinaus war man sich darin einig, dass die Senkung der Treibhausgase nur durch eine andere Energiepolitik möglich sein würde, was eine engere Kooperation in der Entwicklung und Implementierung neuer und alternativer Energieressourcen, als auch die effizientere Nutzung vorhandener Energiequellen voraussetzt. Bereits bei dem Treffen in Berlin wurde im Zusammenhang mit dieser »Neuen Internationalen Strategie zur Energieeffizienz« (New international strategy on energy efficiency) der Ausbau der Atomenergie als ein Baustein dieser Strategie diskutiert. Die EU versprach weiterhin die volle Unter-

stützung bei der De-Nuklearisierung Nordkoreas, was für beide Seiten die schnelle Implementierung der UN Sicherheitsrats-Resolution 1718 bedeutet.

Auf dem 17. Japan-EU-Gipfel am 23. April 2008 in Tōkyō, an dem neben Premierminister Fukuda, der EU Ratspräsident Janez Janša, Kommissionspräsident Barroso, auch die EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner teilnahmen, wurden die Themen des vorhergehenden Gipfels wieder aufgegriffen. Die EU und Japan unterstreichen beide die Bedeutung eines Kyōto-Nachfolgeabkommens, betonen aber, dass gemäß des vierten Zwischenberichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)) auch Schwellenländer wie China und Indien ihren Beitrag zur Verminderung von Treibhausgasen leisten müssen. Trotz dieser vielversprechenden Ankündigungen wurden auf dem Gipfel keine weitreichenden Maßnahmen beschlossen. Neben der Erderwärmung sehen die EU und Japan nicht erst seit dem G8-Gipfel 2005 in Gleneagles die Entwicklung Afrikas als ihre besondere Aufgabe an. In Gleneagles hatten die G8-Staaten versprochen, ihre Entwicklungshilfe bis 2010 zu verdoppeln. Mitte 2008 war man sowohl in Japan als auch in der EU von diesem Ziel jedoch noch weit entfernt.

Die Vertreter der EU und Japans waren sich auch in Friedens- und Sicherheitsfragen, der Förderung der Regionalstruktur in Ostasien unter anderem durch den East Asia Summit (EAS) und ASEAN als ihren Hauptmotor, der Verstärkung der Hilfe für Afghanistan, der Unterstützung des Friedensprozesses im Mittleren Osten und der Unterstützung der im November 2007 im amerikanischen Annapolis begonnenen Gesprächsrunde zwischen Israel und der Palästinensischen Regierung einig. Es bleibt allerdings die Frage, wie groß der tatsächliche Handlungsspielraum Japans und der EU in diesen Bereichen tatsächlich ist. Es wird sich wohl erst in den nächsten Jahren herausstellen, ob die EU in Kooperation mit Japan auch in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik zu aktiveren Handlungspartnern werden können.

3 Politikfelder

3.1 Sicherheitspolitik

Das im Januar 2007 aus dem Verteidigungsamt hervorgegangene Verteidigungsministerium hat in seinem kurzen Bestehen bereits einige Skandale erlebt und wird nach dem erzwungenen Rücktritt von Verteidigungsminister Fumio Kyuma am 3. Juli 2007, sowie der nur 54-tägigen Amtszeit der ersten weiblichen Verteidigungs-

nisterin Yuriko Koike, die am 27. August 2007 endete, und dem Überbrückungsminister Masahiko Kōmura (27. August bis 26. September 2007) inzwischen bereits vom vierten Minister geleitet. Mit dem Beginn der Fukuda Administration wurde der Verteidigungsexperte Shigeru Ishiba am 26. September 2007 Verteidigungsminister. Ishiba war bereits von September 2002 bis April 2004 Leiter des Verteidigungsamtes. Die Japan Times nennt Ishiba daher einen »Militär-Geek« (»military geek«) (JT 27.9.2007).

Der erste Verteidigungsminister Kyuma hatte in einer Rede am 30. Juni 2007 die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki als unabwendbar (*shogonai*) bezeichnet. Im Dezember 2006 hatte er öffentlich gesagt, dass die japanische Regierung unter Premier Koizumi die Invasion des Irak zwar unterstützt, aber nicht befürwortet hätte, eine Aussage, die er später zurücknahm (AS 9.12.2006). Nur einen Monat später, nachdem er gerade wenige Wochen Japans erster Nachkriegs-Verteidigungsminister geworden war, sagte Kyuma dann in Washington, dass die Invasion des Iraks ein Fehler gewesen sei und dass er diese nie unterstützt habe (JT 25.1.2007). Als Reaktion darauf lehnte Vizepräsident Cheney ein Treffen mit Kyuma bei einem weiteren Washingtonbesuch wenige Wochen später ab (JT 21.2.2007).

Im November und Dezember 2007 sahen sich Fumio Kyuma und der Finanzminister Fukushima Nagaka² dann Anschuldigungen im Bestechungsskandal eines großen Lieferanten der Verteidigungskräfte (Yamada Corporation) ausgesetzt. In einer parlamentarischen Untersuchungskommission gab der ehemalige Vize-Verteidigungsminister, Takemasa Moriya, dann zu, von Firmenvertretern der Yamada Corporation zu teuren Essen und Golfspielen eingeladen gewesen zu sein. In weiteren Aussagen deutete Moriya an, auch die beiden ehemaligen Verteidigungsminister Kyuma und Nagaka seien möglicherweise in den Fall involviert (JT 16.11.2007). Moriyas Aussagen wurden in der Fachwelt mit Spannung erwartet, es blieb aber am Ende bei allgemeinen Andeutungen zur Rolle der ehemaligen Minister und hatte daher kaum Einfluss auf deren Karriere.

Trotz des gestiegenen Engagements Japans im Kampf gegen den Terror und der damit verbundenen Entsendung von Versorgungsschiffen in den Persischen Golf und den Indischen Ozean ist der japanische Verteidigungsetat wie bereits in den Jahren zuvor weiter gesunken. Hatte er im Jahre 2006 noch 4,824 Billionen Yen betragen, so lag er 2007 bei 4,78 Billionen und wurde im Haushaltsetat des Jahres 2008 nur noch mit 4,74 Billionen Yen veranschlagt (MOD 2007a). Dies bedeutet zwischen 2007 und 2008 eine weitere Kürzung von 0,8%. Die einzige Steigerung war nur bei den Kosten für die Verlagerung der amerikanischen Truppen von Okinawa

2. Fukushima Nagaka war 1998 und von Oktober 2005 bis September 2006 Leiter des Verteidigungsamtes.

nach Guam zu verzeichnen. Sie stiegen zwischen 2007 und 2008 um das 2,6-fache, nämlich von 7,2 Mrd. Yen auf 19,1 Mrd. Yen. Um 46% stiegen auch die Ausgaben zur Linderung der Belastung der Bevölkerung in Okinawa durch amerikanische Truppen, das sogenannten SACO (Special Action Committee on Okinawa), das es seit 1995 gibt, nämlich von 12,6 Mrd. Yen auf 18 Mrd. Yen im Jahr 2008. Im Haushalt 2007 machen die Verteidigungskosten daher lediglich 0,916% des japanischen Bruttozialprodukts aus. Sie liegen daher weiterhin deutlich unter der 1% Marke.

Die Reform des Artikels 9 der japanischen Verfassung, die seit den 1990er Jahren in Japan diskutiert wird und zunächst von Premierminister Hashimoto und dann insbesondere von seinen Nachfolgern Koizumi und Abe (JT 4.5.2007) zu einem Kernpunkt ihrer außenpolitischen Reformen gemacht wurde, steht mit der Amtsübernahme von Premierminister Fukuda nicht mehr auf der Agenda. Ein Grund dafür besteht sicherlich in der grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber einer Verfassungsreform Fukudas selber, dessen Außenpolitik sich ganz eindeutig auf die Verbesserung der Beziehungen zu Japans asiatischen Nachbarn richtet, des Weiteren aber auch in der seit etwa 2004 sinkenden Zustimmung gegenüber einer solchen Reform innerhalb der japanischen Gesellschaft. Nachdem in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts in verschiedenen Umfragen oft mehr als die Hälfte der Befragten eine Reform des Artikels 9 befürwortet hatten, fiel dieser Anteil nach einer Yomiuri Shinbun Umfrage vom April 2007 zunächst auf nur noch 46% (YS, 5.4.2007), wobei 39% gegen eine Änderung waren. Im April 2008 stieg die Ablehnung auf 43,1%, was einen Prozentpunkt geringer war als die Zustimmung zu einer Reform von jetzt nur noch 42,5% (YS 8.4.2008).

Nach der Umwandlung des Verteidigungsamtes in ein eigenständiges Ministerium im Januar 2007 stand die weitere innere Reform der Organisation der Verteidigungspolitik und des Ministeriums auf der Tagesordnung. Im Mai 2007 setzte der damalige Premierminister Abe daher eine Kommission ein, die insbesondere Japans Recht der kollektiven Selbstverteidigung untersuchen sollte (JT 6.5.2007). Abe besetzte diese Kommission jedoch überwiegend mit Experten, die, wie er selbst, der bisherigen einengenden Interpretation der japanischen Verfassung eher kritisch gegenüber stehen. Der Vorsitzende der Kommission, der ehemalige japanische Botschafter in Washington, Shunji Yanai, hatte sich mehrfach öffentlich für eine Neuinterpretation der Verfassung ausgesprochen (JT 19.5.2007). Unter anderem sollte die Kommission prüfen, ob japanische Marineboote im Falle eines Angriffs auf begleitende amerikanische Schiffe auch diese verteidigen dürften. Des weiteren, ob Japan sein Raketenabwehrsystem auch zur Abwehr von Raketen einsetzen dürfte, die auf die USA gerichtet sind, und letztlich, ob es japanischen Truppen erlaubt sein sollte, Truppen anderer Staaten bei UN-Blauhelmeinsätzen

auch mit Waffengewalt zu schützen und verteidigen, beziehungsweise diesen im Feld medizinische Hilfe gewähren dürfen. Abe und die Kommission standen mit dieser Position aber eher alleine. Gemäß einer Umfrage vom Mai 2007 befürworten 62% der Befragten die enge Auslegung der Verfassung, die kollektive Verteidigung verbietet (JT 14.5.2007).

Gleich in der ersten großen Krise seiner Amtszeit, nämlich in der Frage um die Verlängerung des Anti-Terrorismus Gesetzes als Grundlage für die Fortsetzung des Einsatzes der japanischen Marine im Persischen Golf, wurde deutlich, dass Fukuda hier kaum eigene Akzente setzen kann. Neben der in den letzten zwei Jahren begonnenen Integration der militärischen Kommandostruktur, die auch in den Jahren 2007 und 2014 weiter fortgesetzt wird (vgl. POHL und WIECZOREK 2007), zeugt dieses sicherheitspolitische Engagement von der Bedeutung, die Japan inzwischen seiner größeren militärischen Rolle beimisst. Teil dieser Umstrukturierung ist der Abzug von etwa 5 000 US-Soldaten von Okinawa nach Guam. Die Kosten hierfür werden zu etwa Zwei-Dritteln von Japan übernommen.

Im Mai 2007 hatte das japanische Verteidigungsministerium entschieden, den USA Zugang zu Daten ihres Radar-Frühwarnsystems zur Verfügung zu stellen (JT 13.5.2007). Dieses stellte einen weiteren Baustein des bei den 2+2 Gesprächen mit den US vereinbarten Informationsaustausches dar. Diese Entscheidung wurde aber von der Opposition heftig kritisiert, da es sich hier eindeutig um kollektive Verteidigung handelt und damit verfassungswidrig ist.

Die japanische Regierung hat zudem in den letzten beiden Jahren versucht, seine Kooperation im Bereich der nationalen und regionalen Sicherheit zu diversifizieren. Neben den bereits erwähnten Abkommen mit Australien (s. Abschnitt über Australien) versucht Japan durch gemeinsame militärische Übungen die Kooperationskapazität der Selbstverteidigungskräfte zu steigern. Im Oktober 2007 fand zum Beispiel in der Nähe der zu Tōkyō gehörenden Insel Ōshima ein Sieben-Nationen-Training zusammen mit Truppen aus Australien, Großbritannien, Frankreich, Neuseeland, Singapur und den USA zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen statt (YS 14.10.2007).

Nach den verlorenen Oberhauswahlen im Juli 2007 stand Premierminister Fukuda vor dem Problem, dass sich sowohl weite Teile der DPJ als auch ihr Vorsitzender Ozawa gegen eine Verlängerung des Anti-Terrorismusgesetzes von 2001 ausgesprochen hatten, auf dessen Grundlage die japanische Marine im Indischen Ozean die Versorgung und Betankung von Schiffen der Alliierten Truppen im sogenannten Kampf gegen den Terrorismus vornehmen konnte. Mit dem Auslaufen dieses Mandats Ende Oktober 2007 musste Japan alle Schiffe abziehen. Am 17. Oktober 2007 beschloss daher das Kabinett, das Anti-Terrorismus Gesetz für den Einsatz der MSDF

zu verlängern. Von Anfang an wurde deutlich, dass es sehr schwierig werden würde, für dieses Gesetz die Zustimmung des Parlaments zu bekommen. In den folgenden zwei Wochen versuchte die Regierung und vor allem auch Premierminister Fukuda, die DPJ doch noch umzustimmen. Nachdem die Regierung ursprünglich noch einmal am 5. November 2007 versuchen wollte, die Zustimmung des Parlaments zu erreichen, wurde die Abstimmung dann aber verschoben. Für Fukuda war es eine äußerst schwierige Situation, da dies seine erste wichtige außenpolitische Entscheidung war, von der möglicherweise bereits seine politische Zukunft abhing. In den kommenden Wochen wurde dann auch von amerikanischer Seite verstärkt Druck auf die japanische Regierung ausgeübt, den MSDF-Einsatz unter allen Umständen zu verlängern. Am 8. Oktober rief der US-Verteidigungsminister Gates Japan dazu auf, eine größere Rolle im Kampf gegen den Terrorismus und für die internationale Sicherheit zu übernehmen (REUTERS 9.11.2007), da dies auch im japanischen Interesse sei (YS 10.11.2007). Ende November 2007 kehrten die MSDF-Schiffe nach sechsjährigem Einsatz nach Japan zurück. Seit Dezember 2001 hatten die MSDF-Tankschiffe in fast 800 Fahrten fast 500 000 Tonnen Tankflüssigkeit an Schiffe aus elf Nationen verteilt (JT 14.11.2007).

Nach weiteren zähen Verhandlungen mit der Opposition entschied sich Fukuda dann am 11. Januar 2008, eine besondere Klausel der japanischen Verfassung und seine Zwei-Drittel Mehrheit im Unterhaus (LDP und New Kōmeitō) zu nutzen, um die Ablehnung des Oberhauses zu überstimmen (JT 12.1.2008). Bereits am 25. Januar 2008 verließ dann das erste MSDF-Tankschiff wieder Japan in Richtung Indischer Ozean (JT 25.1.2008). Fukuda konnte durch die Überstimmung der Oberhausentscheidung und der anschließenden Wiederaufnahme der Betankungsmission zwar international und vor allem in den USA an Ansehen gewinnen, innerhalb Japans aber hat er damit sehr viel Kritik auf sich gezogen. Seit seinem Amtsantritt im September 2007 – als etwa 60% der Bevölkerung sein Kabinett unterstützten – ist die Zustimmungsquote bis April 2008 auf 30% gesunken. Sie lag im Juli 2008 bei lediglich etwa 26% (Umfragen aller großen Tageszeitungen, u.a. YS 3.8.2008, AS 3.8.2008).

Im Mai 2008 hat das japanische Parlament eine weitere wichtige Entscheidung mit dem Ziel der Steigerung seiner militärischen Position getroffen. Mit den Stimmen der LDP und der New Kōmeitō wurde das Rahmengesetz zur Nutzung des Weltraums (Bill of Basic Space Law) verabschiedet, das den weiteren Ausbau der Nutzung des Weltraums zur Verteidigung Japans anstrebt (YS 10.5.2008). Das Gesetz ist zunächst darauf gerichtet, die Informationen von zivilen Spionagesatelliten auch für militärische Zwecke nutzen zu können (AP 13.5.2008). Dieses Gesetz, das am 20. Juni 2007 ins Parlament eingebracht wurde, wurde am 12. Mai vom Unterhaus und

am 21. Mai 2008 auch vom Oberhaus verabschiedet (YS 24.5.2008). Die Regierung umgeht eine Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit der militärischen Nutzung des Weltraums dadurch, dass die Spionagesatelliten nicht direkt von den SDF sondern von einer zivilen Institution, der Japanischen Weltraum Erkundungs-Agentur JAXA (Japan Aerospace Exploration Agency) betreut werden. Das Gesetz sieht außerdem die Einsetzung eines für die Weltraumnutzung zuständigen Ministers für Weltraumentwicklung, der direkt dem Kabinettsbüros untergeordnet ist, und die Errichtung einer zentralen Strategischen Verwaltungsstelle für den Weltraum (Space Strategic Headquarter, SSH) vor, welches die mit dem Weltraumerkundung und -nutzung zusammenhängenden Aufgaben des Erziehungs- (MEXT) und des Industrieministeriums (METI) koordinieren soll.

Das japanische Militär wird aber hiermit in die Lage versetzt, satellitengestützte Frühwarnsysteme zu nutzen, die ein Teil des Anti-Raketenabwehrsystems sind, welches Japan seit 2004 zusammen mit den USA entwickelt und implementiert. Japan betont die Konformität dieses Gesetzes mit dem Outer Space Treaty der Vereinten Nationen, der nur die Nutzung des Weltraums zur Verteidigung erlaubt, die Stationierung von aktiven Waffensystemen jedoch verbietet (YS 24.5.2008). Das neue Gesetz erlaubt es den SDF nun aber, Aufklärungssatelliten zu nutzen und besser zu kontrollieren. Als Reaktion auf die Raketentests Nordkoreas hat Japan seit 2003 vier Aufklärungssatelliten in Betrieb genommen (JT 22.5.2008). Dieses Rahmengesetz wird es Japan ermöglichen, seine schon bisher herausragende Position in der zivilen Nutzung des Weltraums (Japan ist schon jetzt der weltweit zweitgrößte Nutzer und Investor in der zivilen Weltraumnutzung (BRITISCHE BOTSCHAFT IN JAPAN 2008) weiter zu steigern und Japans technologischen Vorsprung in diesem Bereich weiter auszubauen (Text des Gesetzes: JAPANISCHES UNTERHAUS 2008).

3.2 Entwicklungshilfepolitik

Der Haushalt für Japans Entwicklungshilfe, die lange einer der beiden Grundpfeiler seiner Außenpolitik darstellten, sind aufgrund der angespannten Haushaltslage in den letzten zehn Jahren um 40% zurückgefahren worden. War Japan lange Jahre die größte Gebernation der Welt (gemessen am absoluten Entwicklungsbudget), ist es inzwischen nicht nur von den USA, sondern auch von Großbritannien überholt worden (vgl. VOSSE 2007). Obwohl das zu internen Diskussionen geführt hat, und es innerhalb der Japanischen Entwicklungshilfeagentur (JICA) viele Stimmen gibt, die das Budget wieder deutlich steigern wollen, ist das Generalbudget (General Account Budget) aller für die Entwicklungshilfe zuständigen Regierungsbehörden

auch in den letzten beiden Jahren weiter deutlich gesunken. Lag das Gesamtbudget 2006 noch bei 759 Mrd. Yen, schrumpfte es 2007 auf 729 Mrd. Yen, und ist im Haushaltsplan 2008 lediglich noch mit 700 Mrd. Yen veranschlagt (MOFA 2008g). Das bedeutet in nur einem Jahr einen Einbruch von 4%, was im Juli 2008 etwa 6,5 Mrd. US\$ entspricht und damit weit unter den von Premier Koizumi versprochenen 10 Mrd. US\$ liegt.

Ungeachtet des sinkenden Gesamtbudgets hat Japan seine Entwicklungskooperation vor allem mit Ländern Afrikas weiter intensiviert. Im Fortschrittsbericht der G8 Afrika Repräsentanten (Progress Report by the G8 Africa Personal Representatives (APR)) schreibt die japanische Regierung, dass sie ihre Entwicklungshilfe nach Afrika von 2004 von 850 Mil. US\$ bis 2007 auf 1,7 Mrd. US\$ verdoppelt und damit die auf dem G8-Gipfel in Gleneagles gemachten Versprechen eingehalten habe. Auf der TICAD IV 2008 im Juni 2008 versprach Premierminister Fukuda, dass Japan die Absicht habe, seine Entwicklungshilfe für Afrika bis 2012 noch einmal zu verdoppeln (MOFA 2008h).

Neben dem Regionalschwerpunkt Afrika hat sich inhaltlich die Krisen- und Katastrophenhilfe zu einem weiteren Schwerpunkt entwickelt. Im Jahr 2007 und 2008 hat es in Südostasien eine ganze Reihe von Naturkatastrophen gegeben. Japan hat in vielen dieser Fälle recht zügig mit Hilfsangeboten reagiert (weitere Informationen unter MOFA 2008i). Im März verabschiedete Japan ein aufwendiges Hilfsprogramm zur Reduzierung des Risikos und der Vorbereitung von Hilfsleistungen im Fall von Erdbeben in Südasiens (Grant Aid for the Earthquake Risk Reduction and Recovery Preparedness Programme for South Asian Region). Gerade das schwere Erdbeben in der Chinas Provinz Sichuan im Mai 2008 und Japans schnelle Reaktion und Bereitstellung von Hilfsmitteln ist vor allem auch in China (trotz einiger Missverständnisse über den Transport der Hilfsgüter mit japanischen Militärmaschinen) recht positiv aufgenommen worden. Darüber hinaus hat Japan zwischen April 2007 und Juni 2008 in fast zwei Dutzend weiteren Fällen Katastrophenhilfe geleistet. Von Schneefallkatastrophen in Tadjikistan, Afghanistan und Südchina, über Flutkatastrophen unter anderem in Pakistan, Sudan, China, Uganda, Sri Lanka, oder Mexiko, bis hin zu Tropenstürmen in Jamaika, Nicaragua, Madagaskar, Bangladesch und den Philippinen konnte Japan in vielen dieser Fälle beweisen, dass es nicht nur in der Lage, sondern auch willens ist, anderen Ländern schnell und unkompliziert zu helfen.

3.3 Internationale Umweltpolitik

Umweltpolitik ist für Japan seit den 1990er Jahren ein fester Bestandteil seiner Entwicklungspolitik. Nicht erst seit dem Kyōto Abkommen hat Japan die internationale Umweltpolitik als Politikfeld entdeckt, auf dem es sich profilieren kann. Im Mai 2007 stellte Premierminister Abe sein »Cool Earth 50« Programm vor, das im Kern die Halbierung der CO₂ Emissionen bis zum Jahr 2050 beinhaltet (MOFA 2008j). Das Programm sieht eine mittel- und eine langfristige Strategie zur Minderung der globalen CO₂ Emissionen vor. Die mittelfristige Komponente hat zum Ziel, einen Anschlussvertrag, der über die Ziele des Kyōto Protokolls hinausgeht, in Kooperation nicht nur mit den Industriestaaten sondern auch den Schwellenländern (hier werden vor allem China und Indien erwähnt) zu erreichen. Dieser Plan soll flexibel genug sein, um den unterschiedlichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten der Unterzeichnerstaaten Rechnung zu tragen. Um den Plan auch in China und Indien akzeptabler zu machen, betont er die Kompatibilität zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung. Japan schlägt hier insbesondere technische Lösungen vor, die eine energieeffizientere Produktion ermöglichen und so – wie es Japan in den 1970er Jahren bereits vorgemacht hat – Umweltbelastung und Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Japans Plan sieht weiterhin vor, für die ärmeren Länder Finanzmechanismen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, Fördergelder von der Weltbank und den Vereinten Nationen zu beantragen, um eine umweltschonende und CO₂-reduzierte Wirtschaftsentwicklung zu verwirklichen.

Die langfristige Komponente hat zum Ziel, die weltweiten CO₂ Emissionen bis 2050 zu halbieren, was vor allem durch technische Innovationen im Bereich erneuerbarer Energien, aber auch durch die intensivere Nutzung von Kernenergie erreicht werden soll. Japan will hier als gutes Beispiel voran gehen und eine nationale Initiative ins Leben rufen, die Japan zu einer sogenannten »Niedrig CO₂ Gesellschaft« (low carbon society) machen soll. Japan verspricht erhöhte Anstrengungen, um die im Kyōto Protokoll festgelegte Reduzierung der CO₂ Emissionen um 6% bis 2012 doch noch zu erreichen. Das Motto der Initiative spricht davon, dass jede Person nur ein Kilogramm Treibhausgase pro Tag verbrauchen sollte, was nur durch grundlegende Lifestyleänderungen erreicht werden könnte. Im Mai 2007 ist Japan vom Erreichen einer sechsprozentigen Senkung seiner Treibhausgasemission jedoch noch weit entfernt.

Die globale Umwelt und vor allem der Klimaschutz wurde dann zu einem der Kernthemen auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm und schließlich auf dem G8-Gipfel Anfang Juli 2008 in Toyako. Eine der Kernempfehlungen an den G8-Gipfel, die insbesondere auch von Japan propagiert wird, ist die Nutzung der Kernenergie. Auf

einer Konferenz im Vorfeld des G8-Gipfel empfahl das Japan Institute for International Affairs (JIIA) Anfang Juni 2008 unter anderem Kernenergie, um der weltweit wachsenden Energienachfrage zu begegnen (JIIA 2008a). Bereits im Januar 2008 hatte das gleiche Institut in einem Bericht dem japanischen Außenministerium einen Ausbau der Kernenergie für die Stromerzeugung empfohlen (JIIA 2008b). Tatsächlich findet sich dann genau dieser Vorschlag im Endbericht des G8-Gipfels von Toyako (MOFA 2008k) wieder. Für Japan, einem Land, das etwa 40% seiner Stromversorgung aus Kernenergie speist und über kaum eigene Energieressourcen verfügt, scheint die Intensivierung der Kernenergienutzung und die internationale Propagierung eben dieser ein sinnvoller Weg. Japan könnte damit nicht nur seine eigenen Probleme beim Erreichen der sechsprozentigen Reduzierung der Treibhausgase angehen, es könnte auch gleichzeitig seine Kerntechnik gerade in Entwicklungs- und Schwellenländer verkaufen. Das Szenario hat nur einen Haken, nämlich dass die öffentliche Akzeptanz für Kernenergie in Japan aufgrund einer Reihe von Pannen in Kernanlagen in den letzten beiden Jahrzehnten eher abgenommen hat (ALDRICH 2008, VOSSE 2002), was die Chancen für Bau neuer Atomanlagen eher sinken lässt.

4 Ausblick

Japan hat auch in diesem Jahr seine auf mehr internationale Anerkennung und auf eine größere internationale Rolle zielende Außenpolitik fortgesetzt. Das Land verfolgt dabei mehrere Strategien: Zum einen versucht Japan seit Ende des Kalten Krieges zunächst mit Blauhelmeinsätzen und seit dem 11. September 2001 mit der Unterstützung der Alliierten Truppen in Afghanistan und schließlich mit der Entsendung japanischer Soldaten für humanitäre und technische Hilfe in den Irak sein Image als Global Player zu steigern. Zum zweiten versucht Japan, sein allgemein positives Image in der Welt dazu zu nutzen, diplomatische Initiativen im Bereich Klimaschutz und Entwicklungskooperation voran zu bringen, um andere Länder zu ermutigen, Japan auf diesem Weg zu folgen. Zum dritten hat Japan im vergangenen Jahr versucht, seine bilateralen Beziehungen mit seinen asiatischen Nachbarn zu verbessern. Und zum vierten arbeitet Japan daran, seine bereits sehr enge Zusammenarbeit mit den USA vor allem in den Bereichen Raketenabwehr, der Nachrichtendienste, der Truppenübungen und der engeren Kooperation auf der Kommandoebene weiter zu intensivieren; und in den letzten zwei Jahren gemeinsam mit den USA diese Allianz durch die graduelle Integration von Australien zu erweitern.

Unter Premierminister Abe, aber noch mehr unter seinem Nachfolger Fukuda, konnte Japan seine Beziehungen zur VR China und zu Südkorea deutlich verbessern. Fukuda scheint hier in die Fußstapfen seines Vaters steigen zu wollen, der Mitte der 1970er Jahre Japans Beziehungen zu seinen asiatischen Nachbarstaaten auf eine wesentlich stabilere Grundlage stellte. Damals wie heute spielen dabei Energieressourcen eine wichtige Rolle. Heute kommt aber noch Japans wesentlich engere Anbindung an die Märkte und Produktionsstätten vor allem in der VR China hinzu. Der Abschluss eines Wirtschafts-Freundschaftsabkommens mit den ASEAN Staaten im März 2008 ist hier ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Art asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft. Japan und die VR China kämpfen hier um eine Vormachtstellung.

Die Rivalität zwischen Japan und der VR China wird aber nicht nur in der Sicherheits- und in der Handelspolitik eine Rolle spielen, sie setzt sich bereits heute in der Entwicklungshilfepolitik fort. Man kann verschiedene Gründe dafür anführen, warum Japan in den letzten Jahren den Schwerpunkt seiner Entwicklungshilfe sukzessive von Südostasien nach Afrika verlagert hat. Neben der möglichen Hoffnung auf eine bessere Ausgangsposition bei der Reform des Weltsicherheitsrats mit mehr Stimmen aus Afrika, spielt auch hier das inzwischen recht bedeutende Engagement Chinas in Afrika eine Rolle.

Zusammenfassend kann man einstweilen nur abwarten, ob Japan sich zu einem »normalen Land« (OSAWA 1994, OROS 2008) mit einer noch eigenständigeren Außenpolitik entwickelt und auch ob Japans Strategie auf mehr internationalen Einfluss aufgeht. Japan leidet außenpolitisch weiter an dem Kerndilemma, dass es sich gerade in den letzten fünf Jahren einerseits zu einem noch engeren »Partner« der USA entwickelt hat und sich damit nicht nur von diesem abhängig macht, sondern auch in dessen Konflikte mit hineingezogen wird (das klassische Dilemma einer kollektiven Sicherheitspartnerschaft). Andererseits sind jedoch seine Chancen auf einen festen Sitz im Weltsicherheitsrat und eine Verbesserung seines internationalen Ansehen gerade auch in Entwicklungs- und Schwellenländer auch davon abhängig, ob es sich zumindest nach außen als unabhängig agierend darstellen kann. Japan könnte sein allgemein positives internationales Renommee nutzen, um durch »soft power« (AKAHA 2005, NYE 2004, OTMAZGIN 2007) noch mehr Einfluss auszuüben, was besonders in Südostasien von großem Vorteil wäre. Solange Japan jedoch auf dem internationalen Parkett nur selten unabhängig von den USA agiert und seine eigene Position verdeutlicht, so wie es Frankreich oder Deutschland in den letzten Jahren des öfteren vorgemacht haben, wird es Japan schwer haben, sich als unabhängiges und pro-aktives Land zu präsentieren und sich zu einem internationalen politischen Player zu entwickeln.

Literatur

- AFP (28.3.2008), »Japanese government calm about NKorean missile launch report«
- AP (13.5.2008), »Japan lower house OKs space defense bill«
- AS (ASAHI SHINBUN), (22.11.2007) »Fukuda's foreign policy: Wheels of dialogue have finally started to turn for Japan, China and South Korea«
- ALDRICH, DANIEL P. (2008), *Site Fights: Divisive Facilities and Civil Society in Japan and the West*, Ithaka: Cornell University Press
- AKAHA, TSUNEO (2005) »Soft power« in Japan's security policy: Implications for Alliance with the United States, *Pacific Focus* (Inchon), 20 (Spring 2005) 1, S. 59–92
- BBC (2008), »Global Views of USA Improve«, http://www.globescan.com/news_archives/bbccntryviewo8/, Zugriff am: 2.7.2008.
- BERKOFKY, AXEL (2007), »Fukuda's tenuous tenure«, am 7.10.2007 veröffentlicht im: International Relations and Security Network (ISN), ETH Zürich, <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?id=53882&lng=en>, Zugriff am 20.6.2008
- BLOOMBERG (23.4.2007), »North Korea Presents an ›Enormous‹ Threat to Japan, Koike Says«
- BOTSCHAFT VON JAPAN IN DEUTSCHLAND (28.5.2008), »Premierminister Fukuda umreißt umfassende Außenpolitik für Asien«, http://www.de.emb-japan.go.jp/presse/jb_o80528.html, Zugriff am 12.9.2008
- BRITISCHE BOTSCHAFT IN JAPAN (2008), »The Bill of Basic Space Law«, http://www.uknow.or.jp/be_e/science/reports/Aerospace/The_Bill_of_Basic_Space_Law.pdf, Zugriff am 4.8.2008
- DRIFTE, REINHARD (2008), *Chinese territorial disputes in the East China Sea. Between military confrontation and economic cooperation*, LSE Asia Research Centre Working Paper 24, April 2008, <http://www.lse.ac.uk/collections/asiaResearchCentre/pdf/WorkingPaper/ARCWorkingPaper24Drifte2008.pdf>, Zugriff am 5.7.2008
- IHT (INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE) (16.6.2008), »Japanese navy ship to visit China next week, first time since World War II«
- JAPAN FOUNDATION (2007), »Survey on Japanese Language Education Overseas 2006«, <http://www.jpff.go.jp/e/japanese/new/0711/img/sum.pdf>, Zugriff am 3.8.2008
- JAPAN FOUNDATION (2007b) »Japanese Language Education Overseas«, http://www.jpff.go.jp/e/japanese/new/0711/11_01.html, Zugriff am 3.8.2008

- JIIA (JAPAN INSTITUTE FOR INTERNATIONAL AFFAIRS) (2008a), »IISS-JIIA Tōkyō Conference Summary«, www2.jiia.or.jp/en/pdf/polcy_report/Pr20080604_Tōkyō_conference.pdf, Zugriff am 5.7.2008
- JIIA (JAPAN INSTITUTE FOR INTERNATIONAL AFFAIRS) (2008b), »Atoms for the Sustainable Future: Recommendations on Nuclear Energy in the 21st Century«, http://www2.jiia.or.jp/en/pdf/polcy_report/pr20080109_proposal.pdf, Zugriff am 5.7.2008
- JT (JAPAN TIMES) (25.1.2007), »Kyuma: U.S. invasion of Iraq a mistake«
- JT (JAPAN TIMES) (21.2.2007), »No Cheney meeting due to rank: Kyuma«
- JT (JAPAN TIMES) (4.5.2007), »Constitution turns 60; Abe wants change; 2007-04-14 - JT - Article 9 in Abe's sights«
- JT (JAPAN TIMES) (6.5.2007), »Abe's panel on defense dominated by hawks«
- JT (JAPAN TIMES) (13.5.2007), »ASDF now giving radar info to U.S.«
- JT (JAPAN TIMES) (14.5.2007), »62% OK with Japan's ban on collective defense«
- JT (JAPAN TIMES) (19.5.2007), »Abe's panel on examining collective defense kicks off«
- JT (Japan Times) (24.9.2007), »LDP bets on dour political blue blood to lead its recovery«
- JT (JAPAN TIMES) (25.09.2007), »Fukuda's pragmatism to prevail – Constitutional revision no longer on the agenda«
- JT (JAPAN TIMES) (27.9.2007), »Military geek« Ishiba returns to friendly territory«
- JT (JAPAN TIMES) (16.11.2007), »Moriya implicates former defense chiefs Kyuma, Nukaga also ›wined and dined«
- JT (JAPAN TIMES) (17.11.2007), »First Chinese naval call on Nov. 28«
- JT (JAPAN TIMES) (24.11.2007), »Last MSDF ship in Indian Ocean tour now home«
- JT (JAPAN TIMES) (28.11.2007), »Mood upbeat as Fukuda arrives in China for talks«
- JT (JAPAN TIMES) (4.12.2007), »Rudd and Asia's security«
- JT (JAPAN TIMES) (12.1.2008), »Lower House rams through antiterrorism bill: Rarely used vote lets MSDF resume mission«
- JT (JAPAN TIMES) (25.1.2008), »Refueling to resume. MSDF destroyer departs on Indian Ocean mission«
- JT (JAPAN TIMES) (22.5.2008), »Diet enacts law on use of space for defense«
- KLEIN, AURÉLIE (2008), »Japans Rolle in der ostasiatischen Integration: Auf dem Weg zu einer neuen Fukuda-Doktrin? Japan's Role in East Asian Integration: On the Way to a New Fukuda Doctrine?«, in: *Japan aktuell. Journal of Current Japanese Affairs*, 2/2008, S. 54–73.

- MOD (Japanisches Verteidigungsministerium) (2007a), »Fiscal Year 2008 Defense-Related Expenditures (Draft)«, <http://www.mod.go.jp/e/data/pdf/071225.pdf>, Zugriff am 14.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2007a), »Prime Minister Shinzo Abe's Visit to the United States of America«, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/pmvo704/index.html>, Zugriff am 22.6.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2007b), »Press Conference by Prime Minister Yasuo Fukuda Following His Visits to the United States and Singapore«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/eas/presso711.html>, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2007c), »Visit by Prime Minister Yasuo Fukuda to the People's Republic of China (Overview and Evaluation)«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/pmvo712/overview.html>, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2007d), »Joint Statement on the Conclusion of the Negotiations for the ASEAN-Japan Comprehensive Economic Partnership Agreement«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/asean/conference/jointo711.html>, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2007e), »Major elements of the Action Plan to implement the Japan-Australia Joint Declaration on Security Cooperation«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/australia/actiono709.html>, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2007f), »16th EU-Japan Summit, Berlin, 5 June 2007 Joint Press Statement«, <http://www.mofa.go.jp/region/europe/eu/summit/jointo706.htm>, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008a), *Diplomatic Bluebook 2008*, Tōkyō
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008b), »Japan-China Youth Friendship Exchange Year«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/exchangeo8/index.html>, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008c), »Joint Statement between the Government of Japan and the Government of the People's Republic of China on Comprehensive Promotion of a »Mutually Beneficial Relationship Based on Common Strategic Interests«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/jointo805.html>, Zugriff am 10.7.2008

- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008d), »Trilateral Meeting of the Foreign Ministers of Japan, the People's Republic of China, and the Republic of Korea«, http://www.mofa.go.jp/announce/event/2008/6/1180628_936.html, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008e), »Statement by Mr. Masahiko Koumura, Minister for Foreign Affairs, on the Completion of the Signing of the Agreement on Comprehensive Economic Partnership among Japan and Member States of the Association of Southeast Asian Nations (AJCEP Agreement)«, http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2008/4/1179062_1000.html, Zugriff am 10.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008f), »Trilateral Strategic Dialogue Joint Statement, June 27, 2008«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/australia/jointo806-2.html>, Zugriff am 11.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008g), »Japan's ODA General Account Budget(All Government Agencies by Scheme) (Government Draft Proposal)«, Januar 2008, <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/budget/2008.pdf>, Zugriff am 12.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008h), »Progress Report by the G8 African Personal Representatives (APRs) on implementation of the Africa Action Plan«, http://www.g8summit.go.jp/doc/pdf/0708_10_en.pdf, Zugriff am 12.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008i), »Disaster Prevention and Relief«, <http://www.mofa.go.jp/policy/disaster/index.html>, Zugriff am 8.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008j), »New Proposal on Climate Change, »Cool Earth 50«, <http://www.mofa.go.jp/policy/environment/warm/coolearth50/index.htm>, Zugriff am 7.7.2008
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2008k), »Declaration of Leaders Meeting of Major Economies on Energy Security and Climate Change«, http://www.g8summit.go.jp/eng/doc/doco80709_10_en.html, Zugriff am 5.7.2008
- NYE, JOSEPH S. (2004), »The Soft Power of Japan«, Gaiko Forum, Summer 2004, S. 3–7.
- NYT (NEW YORK TIMES) (23.9.2007), »Moderate Is Chosen as Japan's Next Prime Minister«
- OROS, ANDREW (2008), »Normalizing Japan: Politics, Identity, and the Evolution of Security Practice«, in: *Studies in Asian Security*, Stanford University Press
- OTMAZGIN, NISSIM KADOSH (2008), »Contesting soft power: Japanese popular culture in East and Southeast Asia«, in: *International Relations of the Asia Pacific*, 8:1, S. 73–101

- REUTERS (9.11.2007), »Gates calls on Japan to play bigger security role«
- SMITH, SHEILA A., (2007), »Smith: Fukuda, A Moderate Japanese Prime Minister (Interview)«, Council on Foreign Relations, September 24, 2007, <http://www.cfr.org/publication/14282/smith.html?breadcrumb=%2Fregion%2F272%2FJapan>, Zugriff am 1.10.2008
- TOW, WILLIAM T. (2007), *Asia-Pacific security : US, Australia and Japan and the new security triangle*, New York: Routledge
- UPI (26.11.2007), »Analysis: Japan uneasy over warming U.S.-North Korea ties«
- UNTERHAUS JAPAN (Shugiin) (2008), *Uchū kihon hōan* [Basic Space Law], http://www.shugiin.go.jp/itdb_gian.nsf/html/gian/honbun/houan/g16601050.htm, Zugriff am 5.8.2008
- VOSSE, WILHELM (2002), »Japan – A Dissaffected Democracy? On Political Trust, Political Dissatisfaction, Political Activity, and Environmental Issues«, in: POHL, MANFRED und IRIS WIECZOREK (Hrsg.), *Japan 2001/2002. Politik und Wirtschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 254–277
- VOSSE, WILHELM (2007), »Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik«, in: POHL, MANFRED und IRIS WIECZOREK (Hrsg.), *Japan 2007. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 94–117
- WILLIAMS, BRAD und ANDREW NEWMAN (2006), *Japan, Australia and Asia-Pacific security*. Abingdon, Oxon, England ; New York: Routledge
- XINHUA (27.6.2008), »Japan, U.S., Australia pledge close strategic partnership«
- YS (YOMIURI DAILY NEWS) (20.6.2008), »MSDF vessel leaves for 1st China call«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (5.4.2007), *Kenpo (Kaikaku), Sansei 46%*«.
- YS (YOMIURI SHINBUN) (19.5.2007), »Govt panel to study 4 SDF security scenarios«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (14.10.2007), »Japan hosts 7-nation WMD drill«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (10.11.2007), »Greater security role is in Japan's interest: Gates«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (21.11.2007), »Japan-China relations at a turning point«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (22.11.2007), »Use Japan-ASEAN EPA as leverage to bolster ties«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (22.11.2007), »Use Japan-ASEAN EPA as leverage to bolster ties«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (8. 4.2008), »Nenkan renzokuchousa (Nihonjin) Kenpou rongi jidai wo hanei«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (20.4.2008), »Japan, China, ROK to hold annual meet«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (10.5.2008), »Japan's space strategy should be reviewed«
- YS (YOMIURI SHINBUN) (24.5.2008), »Japan will allow military use of space«